

PB.W-01 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

- 1 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
2 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren
3 Wasserstoff sind wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser
4 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
5 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
6 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr.
7 In den Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der
8 Wille, in die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue
9 Ideen und Geschäftsmodelle entwickeln. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative
10 Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die Stärke von gesellschaftlicher
11 Kooperation innovativ Probleme löst.
- 12 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
13 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus
14 und weitgehend unregulierten Tech-Giganten behaupten. Die Pandemie hat viele
15 Wirtschaftszweige hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
16 Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist
17 unser Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend,
18 dass ein blindes Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig
19 ist. Wenn wir es jetzt aber klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu
20 eichen. Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft in Europa begründen, die Wohlstand
21 und Wachstum mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie
22 ist Ausgangspunkt für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft,
23 Lebensqualität sichert und uns Menschen freie Entfaltung ermöglicht und einen
24 klimagerechten Wohlstand schaffen kann.
- 25 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht,
26 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
27 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen

28 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.

29 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial
30 gestalten, können sie mit ihrer Wucht Innovationen entfachen, die wir für die
Transformation
31 brauchen. Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität
und
32 ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir
schaffen
33 Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische
Regeln, um
34 nachhaltig zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir geben dem Wachstum
eine
35 Richtung und bemessen Wohlstand neu. Wir starten eine umfassende
Investitionsoffensive,
36 öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen
und
37 Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine
38 vorsorgende Haushaltspolitik.

39 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und sorgen dafür,
dass sich
40 sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung
stärker stellen.

41 Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der
42 demokratischen Politik zu behaupten. Hohe Einkommen und Vermögen sollen mehr zur
43 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen, denn Gesellschaften, in denen die
Ungleichheit
44 gering ist, sind zufriedener Gesellschaften.

45 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen
können wir
46 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und
Innovationen
47 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des
48 europäischen Marktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir
uns für
49 eine gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot
des
50 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit
nachhaltiges
51 Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir gemeinsam in Klimaschutz,
52 Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New Deal.
In einer
53 Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der erste CO₂-
freie
54 Wirtschaftsraum wird.

55 Mit all diesem legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa
erfolgreiche
56 Industriestandorte mit hoher Wertschöpfung, starkem Sozialstaat und guten

Arbeitsplätzen
57 bleiben. Dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig
werden,
58 dass zukunftsfähige neue Jobs im Handwerk, bei Start-ups und in der
Dienstleistungsbranche
59 entstehen – in traditionsreichen und innovativen Industrieunternehmen, im
Maschinenbau, in
60 kleinen und mittelständischen Betrieben. Wir wollen, dass Deutschland und Europa
auch bei
61 neuen Technologien die Spitze beanspruchen – seien es E-Autos, saubere Batterien,
62 Quantencomputer, Künstliche Intelligenz oder moderne Biotechnologie. Mit einer
aktiven
63 Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten
zukunftsfähigen
64 Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made in Germany“ ein
Gütesiegel
65 für zukunftsfähige Industrie in einem klimaneutralen Europa.

66 **Wir fördern Unternehmergeist, Wettbewerb und Ideen**

67 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

68 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch.
Das
69 Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn
Jahre
70 sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch
der Staat
71 seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
72 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss an moderne Zukunftstechnologien
halten und
73 sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der
nächsten
74 Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. In schnelles Internet, überall. In
75 Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. In
klimaneutrale
76 Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und
moderne
77 Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im
78 Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem
Jahrzehnt
79 pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. So gelingt die sozial-ökologische
80 Transformation, so schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die
Wettbewerbsfähigkeit
81 unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

82 **Neustart nach der Corona-Krise**

83 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich
hoch

84 verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr
85 Geschäft aufgeben. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und
86 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen
getroffen.
87 Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den besonders betroffenen
Branchen
88 helfen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen zielgenaue
89 konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen
90 attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und
91 mittleren Unternehmen, sich mit vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu
92 aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden zu müssen. Falls Corona-Soforthilfen
zurückgezahlt
93 werden müssen, benötigen die Unternehmen großzügige Stundungen. Für Selbständige
braucht es
94 vor allem sichere Aufträge durch handlungsfähige Kommunen, die wir unter anderem
durch eine
95 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken wollen.

96 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

97 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in
Germany
98 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und
innovative
99 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
100 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche
Investitionen
101 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen
setzen.
102 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen
sollen
103 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können.
Die
104 steuerliche Förderung von Forschung für KMU erhöhen wir. Öffentliche
Investitionszuschüsse
105 sollen gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen,
dauerhafte
106 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

107 **Ein Gründungskapital einführen**

108 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue
Gründer*innenwelle. Mit einem
109 unbürokratischen Gründungskapital, das Gründer*innen einen Einmalbetrag bis
maximal 25.000
110 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee an zu wenig Eigenkapital
111 scheitert. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein

Verwaltungsdickicht zu
112 quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle
113 erledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie
weitgehend
114 von Melde- und Berichtspflichten befreit werden. Frauen sind bei Gründungen noch
115 unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen
Wagniskapitalfonds
116 nur für Frauen. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut
werden,
117 hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen Vergabe
118 beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln
zur
119 Eignungsprüfung. Gerade bei ausbleibender Finanzierung wollen wir die
gemeinwohlorientierte
120 Entwicklung von digitalen Lösungen fördern.

121 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

122 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
123 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze und
sind
124 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum
Technologievorreiter
125 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim
weltweiten
126 Einsatz grüner Technologien „made in Germany“ eine Schlüsselrolle einnehmen. So
bekämpfen
127 wir die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Mit
128 Investitionszuschüssen und einer degressiven Abschreibung fördern wir direkt die
129 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung
treiben wir die
130 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contract for Difference),
die die
131 Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
Vermeidungskosten
132 erstatten, sorgen für Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler
133 Grundstoffe schaffen wir Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. In der Chemieindustrie
wollen
134 wir die Transformation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen
voranbringen.

135 **Automobilindustrie im Aufbruch**

136 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der Wettbewerb
um das
137 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch
die
138 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es
Entschlossenheit und

139 Zusammenarbeit, damit unsere Autobauer in Zukunft wieder die Nase vorn haben. Klar
ist: Der
140 fossile Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch
emissionsfreie
141 Autos neu zulassen. Wir unterstützen bei Forschung und Innovation und sichern einen
142 schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und eine weitere Förderung des
Markthochlaufs
143 von emissionsfreien Fahrzeugen zu. Aktuell haben Deutschland und Europa den
Anschluss bei
144 der Batteriezellenproduktion und damit viel Wertschöpfung verloren. Das darf sich bei
den
145 Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, nicht
146 wiederholen. Wir wollen Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen
147 Batteriezellenproduktion machen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie
die
148 Forschung und Entwicklung der nächsten Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare
149 Vorgaben bei den Ökostandards und ein umfassendes Forschungs- und
Förderprogramm. Wir wollen
150 zudem die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen
und -
151 fonds unterstützen.

152 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

153 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn
auch
154 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale
Strukturförderung,
155 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Batteriezellfertigung oder Förderung
der
156 Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend. Um kritische
157 Abhängigkeiten zu verringern, soll die EU-Kapazität im Bereich der
Halbleitertechnologie wie
158 von der EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion
ausgebaut
159 werden. Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie
für
160 industrielle Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen
eine
161 besonders dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist. Hierzu müssen
Investitionen
162 entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht werden.

163 **Kreislaufwirtschaft mit einer Reparatur- und Recyclingindustrie**

164 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe –
die
165 endlich sind und uns abhängig machen. Ob Verpackung, Auto oder Laptop – wir
schaffen die
166 gesetzlichen Grundlagen dafür, um alle Produkte lange zu verwenden, reparieren und
recyceln

167 zu können. Im Ergebnis heißt das bis 2050: kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor
Ort in
168 einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von
169 Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit stärkeren
170 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten
Förderprogrammen.
171 Bis 2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem
172 digitalen Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design,
173 Reparierbarkeit und Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen.

174 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**

175 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards
geforscht.
176 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung –
müssen
177 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstoffefolge machen dabei Mut: Aus
einer
178 Zufallsentdeckung wurde eine völlig neue Technologie, die in Rekordzeit die
Entwicklung und
179 Produktion gleich mehrerer Corona-Impfstoffe ermöglicht hat. Vielfach mangelt es in
der
180 deutschen Wissenschaft an einer lebendigen Gründungskultur, strukturelle Hemmnisse
181 verhindern Ausgründungen. Die bestehenden Förderprogramme reichen nicht aus. Wir
wollen den
182 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und
Entrepreneurship-
183 Ausbildungen vorantreiben. Statt unattraktiver Lizenzregelungen wollen wir die stille
184 Beteiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.

185 **Frauen an die Spitze**

186 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen
diverse
187 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich
deshalb
188 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft
abbilden. Obwohl
189 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Freiwillige
190 Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb soll zukünftig mindestens ein Drittel der
191 Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung an
eine Frau
192 gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende
Elternzeitregelungen
193 im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei
Neubesetzungen
194 einen Frauenanteil von 40 Prozent anstreben. Unternehmen, die in der Hand des
Bundes sind
195 oder an denen der Bund beteiligt ist, sollen mit klaren Plänen für paritätische
196 Betriebsstrukturen als gutes Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung wollen wir

197 geschlechtergerechter ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind,
mit
198 gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds
nur für
199 Gründerinnen.

200 **Fachkräftemangel bekämpfen**

201 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der
Menschen im
202 erwerbsfähigen Alter um 6 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der
203 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich
verstärken. Dem
204 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und
berufsbegleitende
205 Bildung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine
206 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen,
207 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit
Migrationsgeschichte oft
208 noch im Weg stehen, bauen wir ab. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der
209 Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer
Bildungs- und
210 Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum
211 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr
Rechtssicherheit
212 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen
Betriebe,
213 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung
geben, bei
214 Bedarf durch Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

215 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

216 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig.
Hier
217 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert
Wertschöpfung in
218 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus
219 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie
einer
220 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und
Genehmigungen und einer
221 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
222 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
223 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen
gemeinsam
224 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung
sogenannter KMU-
225 Tests auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich. Förderprogramme und
226 Investitionszuschüsse wollen wir so ausgestalten, dass sie vor allem KMU
zugutekommen. Dafür

227 sollen sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem
sollen
228 passgenaue Beratungen für Digitalisierung und Klimaschutz gefördert werden, auch
über
229 längere Zeiträume.

230 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

231 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet sich
durch
232 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
233 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb.
Das
234 Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Es bietet
gerade im
235 ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für sie liegen in der
ökologischen
236 Transformation riesige Chancen – von der Gebäudesanierung bis zum Heizungstausch.
Durch die
237 Senkung der EEG-Umlage sorgen wir für bezahlbare Strompreise. Durch
Bürokratieabbau, die
238 Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk
wollen
239 wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die
Zukunftsfähigkeit
240 der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine
stärkere
241 Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von
242 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum
Handwerk und
243 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und
Zugang zu
244 Stipendien.

245 **Kultur schafft Wohlstand**

246 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
247 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und
Kulturschaffenden
248 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als
beispielsweise die
249 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
250 durch die Corona-Krise existenziell bedroht. Nur mit gezieltem Schutz und verbesserter
251 Förderung werden wir große Teile unseres kulturellen Lebens vor dem Wegbrechen
retten
252 können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in den Programmen zur
253 Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und Kreativwirtschaft
profitiert.
254 Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse der Kultur- und
255 Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit
256 bedarfsgerecht aus.

257 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

258 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfacher
259 Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die
260 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer
und sozial
261 nachhaltiger gestalten. Ein ökologischer und sozial blinder Massentourismus mit
262 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
263 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. In einem nachhaltigen Tourismus liegen
hingegen
264 riesige Chancen. Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen
265 Regionen gezielt entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und
266 Wasserwege. Mit einem Jedermannsrecht in öffentlichen Gebieten, wie in Skandinavien
üblich,
267 wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nr.
1
268 werden – durch ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung
touristischer
269 Regionen an das Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu
erhalten, die
270 es sich auch in Zukunft noch zu bereisen lohnt.

271 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

272 **Wohlstand neu bemessen**

273 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
274 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg
Deutschlands
275 und der Unternehmen nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern auch anhand
sozialer,
276 ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die Wirtschaftsförderung
277 entsprechend ausrichten. Dafür soll in Zukunft neben dem Jahreswirtschaftsbericht ein
278 Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel
auch
279 den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter
Bildung
280 zum Wohlstand unserer Gesellschaft.

281 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

282 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um
die
283 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
284 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine
gestärkte
285 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer
dekarbonisierten
286 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine

287 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die
ökologische
288 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen
wir
289 dafür, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die
Ziele des
290 Green Deal gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und
Artenschutz
291 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
292 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

293 **Die Macht des europäischen Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

294 Der europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen
Wettbewerb
295 auf seinen hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und
296 Gesundheitsschutz sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards
wollen
297 wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und
298 ausbauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die
Ausnutzung
299 von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung
zu
300 gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht
regulieren. Die
301 globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem wir
sicherstellen, dass
302 Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre
303 Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette
übernehmen. Die
304 Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die
Daseinsvorsorge vor
305 Liberalisierungsdruck schützen.

306 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

307 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit
mehr
308 zählt als kurzfristige Rendite. Wir unterstützen insbesondere Genossenschaften und
309 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem
Handeln
310 verbinden. Dafür schaffen wir zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und
wollen die
311 Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser
Ziel ist
312 eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten
313 Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften
systematisch
314 verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss der

315 Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch
von
316 Erfolgskriterien von Social Start-ups abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf
317 verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbensprüche vorhanden sind – für einen
Fonds
318 nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

319 **Verantwortungseigentum stärken**

320 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für
Verantwortungseigentum ein.
321 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell
konsumierbares
322 Vermögen. Sie wollen, dass der Zweck ihres Unternehmens nicht dem kurzfristigen
Shareholder-
323 Value dient, sondern langfristig dem Sinn und Zweck des Unternehmens. Dafür
brauchen sie
324 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen
ermöglicht
325 und ansonsten die Flexibilität der GmbH beibehält. Gewinne werden reinvestiert oder
326 gespendet. Die Stimmrechte so einer „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“
können von den
327 Beschäftigten im Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie
werden
328 nicht meistbietend verkauft, sondern, ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften,
immer an
329 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

330 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

331 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

332 Daten sind die Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Technologien wie
die
333 Künstliche Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze
schaffen, um
334 eine gemeinsame, freiwillige Nutzung nicht personenbezogener Daten zum Beispiel aus
335 Entwicklungs- und Fertigungsprozessen zu verbessern und rechtssicher zu gestalten.
Davon
336 profitiert vor allem der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für
337 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle, die eine
gemeinsame und
338 durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Wir wollen
eigene
339 europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir
340 schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur verwirklichen.

341 **Hightech-Standort ausbauen**

342 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
343 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer
Forschungs- und
344 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
345 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
346 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und
Biotechnologie
347 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir
besonders
348 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der
weltweiten
349 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die
ökologischen
350 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
351 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Um im
internationalen
352 Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken europäischen
Vernetzung von
353 Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung und die Bildung von Clustern in
diesen
354 Bereichen. Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die dringend
benötigten
355 Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das, für Spitzenwissenschaftler*innen
auch
356 Spitzengehälter zu zahlen.

357 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

358 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende
Technologien auch
359 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
360 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf
nationaler und
361 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem
Flipchart und
362 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher
Wagniskapitalfonds kann
363 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch
mehr und
364 noch schneller zu investieren. Es geht aber auch darum, Kapital eine Richtung zu
geben. Der
365 Zukunftsfonds muss mehr nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, dabei
insbesondere in
366 Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life-Sciences,
367 deren hochkomplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt
bekommen.

368 **Internetgiganten regulieren**

369 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten
ein.
370 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internetgiganten wird dieser eingeschränkt
oder gar
371 aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das
Bundeskartellamt
372 geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz („Killer
373 Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit zur
374 Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer digitalen Dienste sowie
375 Datenportabilität sind wo immer möglich von bereits marktbeherrschenden
Unternehmen
376 verpflichtend zu gewährleisten. Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen
Kartellamts
377 wollen wir deshalb eine europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem
378 fungiert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen
kann.
379 Unternehmen sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden
können, wenn
380 ihre Marktmacht zu groß wird.

381 **Mehr Frauen in der Digitalwirtschaft**

382 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
383 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
384 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
385 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir
brauchen an
386 den Hochschulen eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen
für
387 Informatikstudiengänge sowie mehr Frauen in den Hochschulgremien, wo diese
388 Richtungsentscheidungen getroffen werden. In der Digitalbranche ist ein Kulturwandel
389 erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen. Freiwillige und
390 verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um
diskriminierungsfreie
391 Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu Gestaltungspositionen in der
digitalen
392 Transformation zu ermöglichen. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein Leitprinzip
393 für alle Digitalstrategien sein.

394 **Transparente Algorithmen**

395 Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potenzial, neues Wissen zu
396 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Autonom entscheidende
Systeme sind
397 nicht neutral. Sie beruhen auf Daten und damit auch auf Werten und Vorurteilen aus
der
398 analogen Welt. Wir wollen daher Transparenz, Überprüfbarkeit und Grenzen, damit

399 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir schaffen einen
nach
400 Risiken abgestuften Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare
Regeln zur
401 Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur Datenqualität, um Kontrolle und Haftung
zu
402 ermöglichen. Das bedeutet auch eine Modernisierung des Allgemeinen
Gleichbehandlungsgesetzes
403 sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen
404 Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter
müssen
405 ihre automatisierten Entscheidungen, Vergleiche oder Preise transparent machen und
erklären
406 können.

407 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

408 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind
die
409 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese
zu
410 gewähren. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer digital
411 souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller nicht
412 unterlaufen. Wir setzen Anreize für beste IT-Sicherheit durch unabhängige
Auditierungen und
413 Zertifizierungen und wollen vor allem die KMUs sehr viel stärker durch ein dezentrales
und
414 unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützen. Wir stärken unabhängige
Aufsichtsstrukturen
415 und schaffen neue Sanktionsmechanismen. Die IT-Sicherheit gefährdende Maßnahmen,
wie den
416 Handel und das staatliche Offenhalten von Sicherheitslücken, wollen wir beenden und
eine
417 Meldepflicht schaffen.

418 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

419 **Neustart für gute Handelsverträge**

420 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur
Vertiefung
421 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in
Zeiten,
422 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen
demokratischen Staaten
423 und China stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen
424 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen
dienen, die
425 Umwelt- und Klimaschutz einfordern und die Beziehungen mit unseren Partnern im
Einsatz für

426 Demokratie und Freiheit stärken. Eine Zersplitterung von Handelsbeziehungen
erschwert ein
427 internationales Miteinander. Die Chance, mit der neuen US-Administration die
428 Handelskonflikte beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale
Produkte zu
429 schaffen, wollen wir ergreifen. Umweltschädliche Abkommen wie das EU-Mercosur-
Abkommen mit
430 lateinamerikanischen Staaten lehnen wir ab. Europa kann aufgrund des großen
gemeinsamen
431 Binnenmarktes selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische
Handelsverträge
432 müssen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Dazu
zählt, das
433 Pariser Klimaschutzabkommen sowie ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und
einklagbar zu
434 machen. Handelsabkommen sollten nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch
ihre
435 Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei
den
436 Vereinten Nationen ein, der beides abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch
Handels-
437 und Investitionsklagen nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien
für
438 ausländische Investoren ab. Die EU sollte aus dem vollkommen aus der Zeit gefallenem
439 Energiecharta-Vertrag aussteigen. Am CETA-Abkommen haben wir erhebliche Kritik. Wir
wollen
440 daher das CETA-Abkommen in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren, sondern es
bei der
441 Anwendung der derzeit geltenden Teile belassen.

442 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

443 Damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer*innen gelten, muss
Europa
444 reagieren können, wenn aus Drittländern mit unfairen Mitteln auf dem europäischen
445 Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive Außenwirtschaftspolitik betreiben. Dafür
müssen
446 Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente weiterentwickelt werden, um ein Level
Playing
447 Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker
als
448 bisher auch bei Dumping durch niedrige ökologische und soziale Standards anwendbar
sein.
449 Durch eine Reform des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch
staatlich
450 geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden. Die deutsche
Exportförderung
451 muss in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions
452 unterstützen, die Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Mit
der EU-
453 Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit

ambitionierter

- 454 Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Fairer Wettbewerb braucht auch neue
455 rechtliche Instrumente gegen den wettbewerbsverzerrenden Charakter von
Subventionen
456 ausländischer Regierungen für aufgekaufte europäische Unternehmen und deren
Produktionen in
457 Europa.

458 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

- 459 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig,
wie fair
460 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden. Dieser
muss sich
461 am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige Entwicklung
orientieren. Es
462 braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte
463 Handelspolitik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung,
regionalen
464 Handel und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und
Quoten ihre
465 Märkte zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu
466 beschränken. So wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für
467 Entwicklungsländer auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden.

468 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

- 469 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur
basiert,
470 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und
Sozialstandards sowie
471 Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette
472 durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf
nationaler
473 wie europäischer Ebene. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung
dar,
474 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden
können.
475 Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am
Markt und
476 schafft Rechtssicherheit. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp für
477 Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und
478 Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald, insbesondere
so
479 wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit
abgeholzt und
480 abgebrannt – auch für den Anbau von Soja und Palmöl oder zur Produktion von Leder,
die in
481 die EU importiert werden. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken und

Strategien zur
482 Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation
gerodeter Wälder
483 fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen.

484 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

485 **Grüne Finanzmärkte**

486 Noch immer werden Milliarden in fossile Energien – und damit gegen unsere Zukunft –
487 investiert. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus
diesen
488 Investitionen zurückzieht. Öffentlich-rechtliche Banken und Pensionsfonds müssen eine
489 Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende und dem Divestment einnehmen.
Klimarisiken sollen
490 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden
sowie bei
491 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
492 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind
neben
493 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
494 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. In der Anlageberatung muss diese Bewertung
einfließen.
495 Für besonders nachhaltige Finanzprodukte wollen wir ein EU-Label schaffen. So sorgen
wir
496 dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und nachhaltige Investitionen umgelenkt
wird.

497 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

498 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die
staatliche
499 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die
Bilanzen
500 blickte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen
501 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen,
dass
502 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*in wechseln
müssen.
503 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die
sie
504 prüfen. Wirtschaftsprüfer*innen sollen nicht vom Unternehmen selbst, sondern von
505 Unabhängigen ausgewählt werden. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel
gesetzlich
506 verankert werden. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich
beaufsichtigt
507 werden. Die persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei
508 Rechtsverstößen tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und
kompetent
509 besetzt werden. Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen

Unternehmenserfolg

510 statt am kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

511 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

512 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu
513 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig
zuvor,

514 kläglich versagt. Als Aufseher verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte

515 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein
für

516 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich
auch

517 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche

518 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und

519 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine

520 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens.

Wir

521 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen
mit

522 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht.

523 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

524 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr
für die

525 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die

526 Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken
sollen

527 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer

528 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die

529 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen
wir,

530 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse
(Leverage

531 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise erhöhen. Das riskante

532 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden

533 (Trennbankensystem). Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken
sollen

534 entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem
ausgeht,

535 sollten hingegen einfachere Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung
werden wir,

536 unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter

537 Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.

538 **Schmutziges Geld einziehen**

539 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden

540 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und

sonstigen
541 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten
bestehen.
542 Lücken und Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen.
Die
543 Finanzaufsicht muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt
544 Verdachtsmeldungen nur weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien,
bleibt
545 Geldwäsche besonders oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für
Prüfungen,
546 Ressourcen und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der
Geldwäsche
547 soll vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden
wir
548 umfassend abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir
549 erleichtern und die Dauer von Transaktionsverboten verlängern, um die Strafverfolgung
zu
550 sichern.

551 **Digitalen Euro einführen**

552 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem,
schnell und
553 kontaktlos und soll noch sicherer werden. Wir wollen, dass die Europäische Zentralbank
(EZB)
554 einen digitalen Euro schafft. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für
555 Verbraucher*innen und Unternehmen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch
Oligopole
556 entgegen. Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen.
Ein
557 digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung
des
558 Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen lehnen wir strikt ab. Bei allen
digitalen
559 Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten
analog zu
560 Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur
Bekämpfung von
561 Verbrechen wie Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder,
562 Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des
digitalen
563 Bezahlens klare Regeln.

564 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und**
565 **Währungsunion**

566 **In Europas Zukunft investieren**

567 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen
Infrastruktur.
568 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß
gefahren
569 und nicht investiert wurde. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der
570 Batterieproduktion droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU
konsequent
571 in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür weiten wir den
EU-
572 Haushalt deutlich aus und stattdessen ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die
Einnahmen
573 des CO₂-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und
Digitalkonzernen und
574 möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu
geschaffenen
575 Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt,
ermöglichen so
576 eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige
Zukunftsbereiche
577 zu investieren, etwa gemeinsame europäische Energienetze oder ein Schnellbahnnetz.
Wir
578 wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und
Wachstumspakt so
579 reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in
allen
580 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können.

581 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

582 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik
Europas
583 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU ein Instrument für eine
584 dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält, dessen Einsatz im Krisenfall nicht durch einzelne
585 Länder blockiert werden kann, sondern das den gemeinsamen europäischen
Institutionen
586 untersteht. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu einem europäischen
Währungsfonds
587 weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige
588 Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im Vorfeld abgewendet.
Die
589 Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung
vollendet,
590 damit ein Euro überall gleich viel wert ist. Wir stehen zur Unabhängigkeit der
Europäischen
591 Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur

592 Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben. Durch
eine
593 gemeinsame Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie
künftige
594 Brände nicht wieder alleine löschen muss.

595 **Euro zur Leitwährung machen**

596 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
597 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
598 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen
Weltwährungssystem
599 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die
europäische
600 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
601 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie
Investitionen
602 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die
internationale
603 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch inner-europäische Solidarität: Wir
wollen
604 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie
wirtschafts-
605 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

606 **Wir Haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

607 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

608 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger und gerechter machen. Nachhaltiger wird
er, wenn
609 wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch subventionieren
die
610 öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches
Verhalten,
611 zum Beispiel mit der Subvention für Diesel oder schwere Dienstwagen. Wir werden
diese
612 Subventionen schrittweise abbauen und den Bundeshaushalt klimagerecht machen. In
einem
613 ersten Schritt können wir so über 10 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die
614 Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben
des
615 Bundes streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung
616 dieser nachhaltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit Gender-Budgeting
erreichen
617 wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten
bei
618 finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter.

619 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

620 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt
621 verschwendet. Die
622 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in
623 teure
624 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben
625 sich
626 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer
627 erwiesen.
628 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Wir werden
629 künftig
630 Transparenz herstellen und ÖPP-Verträge veröffentlichen. Infrastruktur wird die
631 öffentliche
632 Hand künftig wieder selbst finanzieren und kann so auf ÖPP-Verträge verzichten. Im
633 Straßenbau wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei
634 Bauvorhaben
635 und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

629 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

630 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die
631 Zinsen
632 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben
633 aber
634 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland
635 gehört
636 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in
637 unser
638 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand
639 gefährden.
640 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so
641 dringenden
642 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen
643 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen,
644 erlauben
645 wir eine begrenzte Kreditaufnahme. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns
646 allen
647 gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine
648 Zinsen
649 für seine Kredite bezahlt. Das schafft ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum,
650 das
651 sicherstellt, dass unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen.
652 Die
653 kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.

643 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

644 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Angesichts der
645 Corona-
646 Krise wird die öffentliche Haushaltslage in den kommenden Jahren sehr angespannt

sein. Daher
646 müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens aufkommensneutral sein. Ziel
ist, dass
647 alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der
Einkommen
648 über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern
wir,
649 indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere
Einkommen
650 zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab
einem
651 Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine
neue
652 Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von
250.000 bzw.
653 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent.
Zusätzlich
654 werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als
655 Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab
und
656 besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen
Zinseinkommen
657 und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger*innen werden entlastet.
Mit der
658 immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern wollen große
Vermögen
659 nach der Corona-Krise wieder besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Die
660 Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes
Instrument. Die
661 Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden
662 Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2
Millionen
663 Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für
Betriebsvermögen
664 werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang
einführen.
665 Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und
die
666 besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen
667 berücksichtigen.

668 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

669 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch
Steuerhinterziehung
670 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie
dagegen
671 vorgehen. Die europäische Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine
Verpflichtung
672 für rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Zusätzlich zur bestehenden

Steuerpflicht

- 673 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um
rein
674 steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Wir werden regelmäßig die
Steuerlücke
675 schätzen lassen. Die Steuerverwaltung muss deutlich gestärkt werden. Um
Vollzugsdefizite bei
676 der Bekämpfung von Steuervermeidung großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu
beheben,
677 schaffen wir eine Spezialeinheit auf Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir
härter, die
678 Umgehung der Grunderwerbsteuer mit Share-Deals muss endlich unterbunden werden.
Cum-ex- und
679 Cum-cum-Geschäfte beenden wir, wo sie immer noch möglich sind.

680 **Konzerne angemessen besteuern**

- 681 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe. So
fehlen
682 Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen verschaffen sich unfaire
683 Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass
Konzerne
684 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich
machen müssen,
685 und setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung eines solchen Country-by-Country-
686 Reportings auf europäischer Ebene ein. In Europa führen wir eine gemeinsame
687 Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von
688 mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit
einer
689 Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Banken und Steuerberater*innen
verbieten
690 wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen uns
dafür
691 ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit
692 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter
Zusammenarbeit oder
693 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen
mit einer
694 verschärften Zins- und Lizenzschranke und mit Quellensteuern vor.